

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSE-

Ihr Ansprechpartner  
Simon Neutze

E-Mail  
s.neutze@ostwestfalen.ihk.de  
0521 554-296

Tel.

Fax  
0521 554-103

Datum  
27. Mai 2014

**Nr. 70/14**

### **IHK-Politikgespräch mit Unternehmern und CDU-Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe**

Steigende Energiekosten, Infrastruktur-Defizite, Erwerbssteuern, Landesentwicklungsplan und Fachkräftemangel: Beim Politikgespräch der Industrie- und Handelskammern (IHK) Ostwestfalen zu Bielefeld und Lippe zu Detmold standen gleich mehrere wichtige Themen auf der Tagesordnung. Die Gespräche zwischen Unternehmern, ostwestfälischen CDU-Landtagsabgeordneten sowie IHK-Vertretern zeigten durchaus Übereinstimmungen zwischen Wirtschaft und Politik.

Vor allem infrastrukturelle Themen sorgen in der ostwestfälischen Wirtschaft für reichlich Gesprächsstoff. Dazu gehört nach wie vor der Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP), mit dem die NRW-Landesregierung die Ausweisung neuer Gewerbeflächen einschränken und stattdessen alte Industriebrachen reaktivieren will. Gerade hier sehen die ostwestfälischen Unternehmen eine deutliche Benachteiligung gegenüber anderen Regionen, betonte Thomas Niehoff, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostwestfalen. So würden beispielsweise im Ruhrgebiet alte Bergbau-

Brachen mit EU-Subventionen restauriert, während vergleichbare Flächen in Ostwestfalen kaum vorhanden oder nur ineffizient erschließbar seien. „Dringend benötigte neue Flächen werden dafür jedoch verknapp“, so Niehoff. Auch die CDU-Fraktion im Landtag habe mehrfach darauf hingewiesen, wie unterschiedlich die nordrhein-westfälischen Regionen vom LEP betroffen seien, sagte André Kuper, Landtagsabgeordneter für den Kreis Gütersloh und Kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Gerade weil NRW anderen Flächenländern bei der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinke, sei Flexibilität gefragt, um das Wachstum in prosperierenden Regionen wie Ostwestfalen nicht zu behindern. Politik und Wirtschaft müssten daher gemeinsam an der Forderung festhalten, den LEP-Entwurf auszusetzen.

Einig waren sich Unternehmer, IHK-Vertreter und CDU-Politiker auch in ihrer Bewertung des Investitionsstaus. Dazu zähle sowohl der erhebliche Sanierungsbedarf im Straßennetz als auch der Ausbau der Internet-Breitbandanbindung in ländlicheren Regionen. Obwohl laut verschiedener Studien eine zehnprozentige Zunahme der Breitbandversorgung zu einem Bruttoinlandsprodukt-Plus von bis zu 1,5 Prozent führen könne, seien im vergangenen Jahr in NRW lediglich rund 14 Millionen Euro in diesen Ausbau investiert worden, rechnete Kuper vor. Zum Vergleich: Bayern plane bis zum Jahr 2017 etwa 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau ein.

Den Blick in andere Bundesländer mahnte Ortwin Goldbeck, Präsident der IHK Ostwestfalen, auch bei den Kommunal финанzen an. Die Anhebung von Gewerbesteuern dürfe nicht als Notlösung im Kampf gegen leere Stadtkassen dienen. „Gerade klamme Kommunen dürfen die ansässigen Unternehmen nicht noch davontreiben“, sagte Goldbeck. Stattdessen müssten die Stadtväter sich ein Beispiel an erfolgreichen Kommunen nehmen, die gesunde Haushalte mit niedrigen Hebesätzen vereinten. „Denn die Hebesätze zählen zu den wichtigen Faktoren, wenn Unternehmen überlegen, an welchen Standorten sich Investitionen lohnen.“ Ein ähnlich wichtiger Standortfaktor sind steigende Energiekosten, die vielen regionalen Unternehmen zunehmend Sorgen bereiten. Die Energiewende sei nach dem „Fukushima-Schock“ überhastet angegangen worden, räumte auch der Sprecher der CDU-Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe, Friedhelm Ortgies, ein. Diese Wende biete jedoch auch große Chancen für innovative Technologien, wie sie gerade von kleineren Unternehmen vorangetrieben würden, sagte Hubertus Fehring, Abgeordneter des Kreises Höxter und Mitglied des Unterausschusses Klimaschutzplan. Gleichzeitig nahm er die Wirtschaft in die Pflicht, nicht nur auf die Kosten zu schauen, sondern auch Einsparpotenziale bei der eigenen Produktion zu nutzen. Besonders in diesem Bereich sei ein großer Teil der OWL-Unternehmen bereits sehr intensiv engagiert, betonten die IHK-Vertreter.

Ein ähnlich starkes Engagement bescheinigten Landtagsabgeordnete und IHK-Vertreter den regionalen Unternehmen beim Kampf gegen den Fachkräftemangel. Sorgen bereiten den Abgeordneten jedoch die teilweise schwindenden Klassenstärken in Berufskollegs. „Diese Berufskollegs müssen auch in den ländlichen Regionen gehalten werden“, sagte Walter Kern, Abgeordneter des Kreises Lippe und Mitglied des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. „Die Ausbildung muss für die Betriebe vor Ort mit kurzen Wegen zu bewerkstelligen sein. Sonst drohen uns spanische Verhältnisse, in denen die ländlichen Regionen durch zentralistische Tendenzen ausbluten.“ Diese „ortsnahe Beschulung“ will die IHK Lippe zu Detmold zukünftig mit einem Ausbildungsfonds unterstützen, erklärte Ernst-Michael Hasse, Präsident der IHK Lippe. Denn die duale Ausbildung sei nach wie vor der Königsweg in die berufliche Zukunft, „auch wenn man später noch mit Fortbildung oder Studium nachlegen möchte“.